

A3 Für ein sicheres, gerechtes und demokratisches Berlin – unsere Vorschläge für das Wahlprogramm 2026

Antragsteller*in: Maya Richter

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Berlin, setzen uns im Wahlprogramm Prozess für folgende
2 Forderungen im Themenbereich Inneres ein:

3 Sicherheit

4 Prävention statt Repression

5 Unser Fokus liegt auf der Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität
6 durch präventive Maßnahmen und eine stärkere Bürger*innennähe.

7 Demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden

8 Wir setzen uns für den Ausbau der Aufsicht über Sicherheitsorgane ein, um
9 Grundrechte zu schützen und unverhältnismäßige Überwachungsmaßnahmen zu
10 verhindern. Dazu gehört auch die Abschaffung der sogenannten
11 „kriminalitätsbelasteten Orte“.

12 Keine Militarisierung der Polizei

13 Es darf keine Ausweitung von Schusswaffeneinsätzen geben, und die Polizei darf
14 nicht weiter militarisiert werden. Stattdessen müssen Deeskalationstrainings
15 verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung werden. Ergänzend fordern wir
16 eine verpflichtende Fortbildung zum Umgang mit Menschen in psychischen
17 Ausnahmesituationen.

18 Community-basierte Sicherheitskonzepte

19 Wir fördern Ansätze wie Nachbarschaftsmediation, Sozialarbeit und nicht-
20 polizeiliche Sicherheitsstrukturen, um Sicherheit nachhaltig und sozial gerecht
21 zu gestalten.

22 Antidiskriminierungspflicht für Polizei und Sicherheitsbehörden

23 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss auch für diskriminierendes
24 Verhalten von Polizei, Behörden und Justiz gelten. Ein Ticketsystem für
25 polizeiliche Kontrollen soll Transparenz schaffen und Racial Profiling
26 verhindern.

27 Unabhängige Antidiskriminierungsstelle für Sicherheitsbehörden

28 Wir fordern eine spezialisierte Beschwerdestelle, die sich mit Diskriminierung
29 innerhalb der Polizei und Justiz befasst.

30 ---

31 Justiz

32 Bessere Justizstrukturen

33 Um eine effektive und gerechte Rechtsprechung sicherzustellen, müssen die
34 Arbeitsbedingungen und personelle Ausstattung in der Justiz verbessert werden.

- 35 Reform der juristischen Ausbildung
- 36 Eine Reduktion des Prüfungsstoffs soll die juristische Ausbildung praxisnäher
37 und effizienter machen.
- 38 Konsequente Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG)
- 39 Diskriminierung muss in allen Bereichen bekämpft werden – das LADG darf nicht
40 nur auf dem Papier existieren.
- 41 Entkriminalisierung von Bagatelldelikten
- 42 Straftatbestände wie das Fahren ohne Ticket müssen abgeschafft werden. Wir
43 setzen uns für eine Bundesratsinitiative zur Streichung dieser Delikte ein.
44 Solange dies nicht umgesetzt ist, soll Berlin als Eigentümer der BVG auf
45 Strafanzeigen verzichten, wie es andere Kommunen bereits tun.
- 46 Reform des Strafbefehlsverfahrens
- 47 Strafbefehlserlasse sollen abgeschafft oder zumindest nicht mehr gegen
48 Wohnungslose angewendet werden.
- 49 Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen
- 50 Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, darf nicht ins Gefängnis müssen. Eine
51 Bundesratsinitiative soll die Ersatzfreiheitsstrafe in solchen Fällen beenden,
52 auch zur Entlastung der Berliner Justizvollzugsanstalten.
- 53 Zugang zur Justiz für alle
- 54 Menschen mit geringen finanziellen Mitteln brauchen kostenlosen Rechtsbeistand,
55 insbesondere in Mietsachen, Sozial- und Arbeitsrecht.
- 56 Verbandsklagerecht gegen strukturelle Diskriminierung
- 57 Qualifizierte Organisationen müssen die Möglichkeit erhalten, im Namen von
58 Betroffenen gegen Diskriminierung zu klagen.
- 59 Abschaffung der „Kirchenklausel“ im AGG
- 60 Religiöse Institutionen dürfen nur noch dort von Diskriminierungsschutz
61 ausgenommen sein, wo es unmittelbar mit der zusammenhängt.
- 62 ---
- 63 Bürger*innenrechte
- 64 Stärkung der Grundrechte
- 65 Demokratische Teilhabe muss gefördert und staatliche Überwachung begrenzt
66 werden. Wir lehnen Maßnahmen ab, die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken.
- 67 Schutz von Whistleblowern und investigativem Journalismus
- 68 Wir setzen uns für besseren Schutz von Menschen ein, die Missstände aufdecken,
69 und stärken die Pressefreiheit.
- 70 Wahlrecht für alle

71 Wir fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 0 Jahre und ein kommunales
72 Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Langfristig soll dies auch auf
73 Landesebene gelten.

74 Repräsentation durch Sorgeberechtigte

75 Da Kleinkinder nicht selbst wählen können, sollen Sorgeberechtigte bis zu einem
76 bestimmten Alter das Wahlrecht treuhänderisch ausüben. Sobald ein Kind den
77 Wunsch äußert, selbst zu wählen, soll es sein Stimmrecht übernehmen können.

78 Antidiskriminierungsschutz für staatliches Handeln

79 Diskriminierungsschutz muss sich auf alle Bereiche der öffentlichen Gewalt
80 erstrecken, nicht nur auf soziale Sicherheit, Bildung und Beamtenverhältnisse.

81 Verlängerung der Fristen für Diskriminierungsklagen

82 Gerade in arbeitsrechtlichen Diskriminierungsfällen müssen Betroffene mehr Zeit
83 haben, ihre Rechte durchzusetzen.

84 ---

85 Datenschutz

86 Erweiterung der Datenschutzrechte

87 Bürger*innen müssen ein starkes Recht auf ihre persönlichen Daten haben,
88 einschließlich des Rechts auf Löschung. Nachrichtendienste und
89 Datenschutzbehörden müssen unabhängig kontrolliert werden.

90 Begrenzung staatlicher Überwachung

91 Wir fordern klare gesetzliche Grenzen für Gesichtserkennung,
92 Vorratsdatenspeicherung und andere Überwachungstechnologien.

93 Open Source in der Verwaltung

94 Die öffentliche IT-Infrastruktur muss auf Open-Source-Software setzen, um
95 Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten. Zudem soll geprüft
96 werden, inwiefern Bundesländer gemeinsam Open-Source-Software langfristig
97 finanzieren können.

98 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung

99 KI-gestützte Entscheidungsverfahren müssen transparent und diskriminierungsfrei
100 sein, insbesondere in Behörden und Unternehmen.

101 ---

102 Innenpolitik

103 Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit

104 Wir bekämpfen rechte Strukturen und Ideologien aktiv. Sichere Fluchtrouten, eine
105 solidarische Asylpolitik und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen bei
106 Leerstand sind für uns zentrale Anliegen.

107 Antidiskriminierungsbildung als Pflichtprogramm

- 108 Alle öffentlichen Institutionen müssen verpflichtende Schulungen zu
109 Diskriminierung und Vielfalt durchlaufen.
- 110 Mehr Kontrolle über staatlich finanzierte Einrichtungen
- 111 Alle durch öffentliche Gelder geförderten Organisationen müssen dem
112 Antidiskriminierungsrecht unterliegen.
- 113 Reform des Verfassungsschutzes
- 114 Wir wollen eine Alternative zum Verfassungsschutz: Entweder eine vollständige
115 Abschaffung oder zumindest eine Trennung in einen geheimdienstlich arbeitenden
116 Teil und ein Institut, das nur mit öffentlichen Quellen arbeitet.
- 117 Konsequente Vereinsverbote gegen Rechtsextremismus
- 118 Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Gleichzeitig
119 fordern wir die Beantragung eines AfD-Verbotsverfahrens im Bundesrat.
- 120 ---
- 121 Beteiligung
- 122 Politische Teilhabe für alle
- 123 Mitbestimmungsrechte müssen unabhängig von Herkunft oder Status gefördert
124 werden. Bürger*innenbeteiligungsverfahren sollen hybrid (digital und aufsuchend)
125 ausgebaut und nicht nur auf Bauprojekte beschränkt bleiben.
- 126 Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken
- 127 Alle Bezirke sollen verpflichtend Kinder- und Jugendparlamente einrichten. Diese
128 müssen Rederecht in der BVV und allen Ausschüssen erhalten.
- 129 Klimaräte für Berlin
- 130 Bürger*innen sollen in Klimaräten über klimapolitische Maßnahmen mitentscheiden,
131 um eine sozial gerechte Klimapolitik sicherzustellen.
- 132 Bürger*innenhaushalte ausbauen
- 133 Mehr direkte Mitbestimmung über Finanzmittel auf Kiez- und Bezirksebene sowie
134 ein Ausbau von Schüler*innenhaushalten.

Begründung

Erfolgt mündlich